

Parlamentarischer Vorstoss

Vorstoss-Nr.: 266-2014
Vorstossart: Motion
Richtlinienmotion: ☐
Geschäftsnummer: 2014.RRGR.1205

Eingereicht am: 24.11.2014

Fraktionsvorstoss: Ja
Kommissionsvorstoss: Nein
Eingereicht von: BDP (Leuenberger, Trubschachen) (Sprecher/in)

Weitere Unterschriften: 11

Dringlichkeit verlangt: Nein
Dringlichkeit gewährt:

RRB-Nr.: vom
Direktion: Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion
Klassifizierung: Nicht klassifiziert
Antrag Regierungsrat:



Für eine moderne Kantonsverwaltung – kostenbewusst und dezentral konzentriert

Der Regierungsrat wird beauftragt,

1. die kantonalen Verwaltungen, mit Ausnahme der publikumsintensiven Verwaltungsteile, aus dem Stadtzentrum von Bern abzuziehen und in geeignete Zweckbauten in die peripheren Stadtgebiete oder in die Agglomeration zu verlegen
2. die dadurch leer gewordenen Bauten zu veräussern

Begründung:

Die kantonale Verwaltung besetzt heute viele Objekte im Stadtzentrum von Bern. In der Altstadt von Bern sind etliche kantonale Direktionen (VOL, GEF, JGK, POM, FIN) angesiedelt. Sie besetzen wertvollen Büro- und Wohnraum und tragen massgeblich dazu bei, dass das Stadtzentrum am Abend und an Wochenenden entvölkert wirken. Die Wertschöpfung dieser Verwaltungseinrichtungen für die Stadt ist jedoch bescheiden. Mit dem Verkauf und der Umnutzung der Gebäude kann der Kanton Bern einen grossen Beitrag zum Beleben der Stadtzentren beisteuern.

Die durch die Verwaltung besetzte Bausubstanz ist grossmehrheitlich historischen Ursprungs. Diese Räumlichkeiten sind zum grossen Teil nur bedingt zweckmässig zur Unterbringung der Verwaltung, und der Unterhalt verschlingt Unsummen an Geld. Mit dem Umzug in Zweckbauten ausserhalb der Zentren können optimale Räumlichkeiten für die Verwaltungen bereitgestellt werden. Zweckbauten sind im Unterhalt bedeutend günstiger und steigern gleichzeitig die Attraktivität des Arbeitsplatzes.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter pendeln täglich zu den Stosszeiten in die Stadtzentren, um ihren Verwaltungsarbeitsplatz aufzusuchen. Dieser Pendlerstrom belastet das so oder so schon schwer belastete Verkehrsnetz enorm. Mit der Auslagerung der Verwaltungen in die Agglomeration kann diesem Trend aktiv entgegengetreten werden. Die Verkehrsinfrastruktur in die Stadtzentren wird entlastet, und grosse Kapazitätssteigerungen können hinausgeschoben oder gar fallengelassen werden.

Der Weg der dezentralen Konzentration haben die bundesnahen Betriebe (Swisscom, SBB, Post usw.), aber auch Bundesverwaltungseinheiten bereits erfolgreich eingeleitet und zum Teil vollzogen. Die Steuerverwaltung des Kantons Bern hat mit ihrem Umzug nach Bümpliz eine Pionierrolle eingenommen.

Publikumsintensive Verwaltungseinheiten wie beispielsweise das Handelsregisteramt, Polizeiposten oder das Passbüro sind im Stadtzentrum zu belassen.

In den heute durch die Verwaltung genutzten Gebäuden kann zukünftig neuer Wohnraum geschaffen werden. Dieser bringt gute Steuerzahler in die Stadt und hilft so einen Beitrag zur Finanzierung der Zentrumslasten zu leisten. Anstelle steuerwertschöpfungsarmer Verwaltungen siedeln sich neue Steuerpflichtige an. Mit einer solchen Massnahme kann auch dem vielfach behaupteten Wohnungsmangel in der Altstadt entgegengewirkt werden.